

# NACHRICHTEN

## Januar/Februar 2010

### **Einkommensrunde 2010 für Bund und Kommunen - Bringt die Dritte Verhandlungsrunde den Durchbruch?**

Nachdem die Arbeitgeber auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt haben, konzentrieren sich die Erwartungen der Gewerkschaften - durch landesweite Warnstreiks von rund 70.000 Beschäftigten unterstützt - auf die dritte Verhandlungsrunde, die auf den 10.2. - 12.2.2010 in Potsdam terminiert ist.

Kommt es dann nicht zu einer Einigung, sind Streiks wohl vorprogrammiert. Betroffen dürften - wie auch bei den Warnstreiks - u.a. Krankenhäuser, Stadtwerke, Winterdienste, Kindergärten, Bürgerämter und die Müllabfuhr sein. Ebenfalls ist mit Einschränkungen im Flugverkehr - in Hessen dürfte der Flughafen Frankfurt a. M. mit betroffen sein - zu rechnen.

Bisher lehnen Bund und Kommunen die Forderung der Gewerkschaften, die sich im Gesamtpaket auf 5 % beläuft, als nicht finanzierbar ab. Insbesondere wird von dieser Seite die Kassenlage der Kommunen ins Feld geführt. Demgegenüber betonte die dbb tarifunion, dass die Finanzierung der kommunalen Haushalte nicht aus dem Portemonnaie der Beschäftigten erfolge könne. Neben einer linearen Erhöhung fordert die dbb tarifunion strukturelle Verbesserungen, wie eine Altersteilzeitregelung, verbesserte Eingruppierungsregelungen und eine Einstellungsoffensive.

Man könne nicht den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, das unverantwortliche Handeln der Finanzjongleure anlasten. „Sozial ist, was Kaufkraft hat“ mit diesem Slogan treten die Gewerkschaften den Arbeitgebern, die offenbar auf eine „Nullrunde“ spekulieren entgegen.

Auch die dbb Jugend Hessen machte mit einer ungewöhnlichen Aktion unter dem Motto „Dieser Staat geht baden“ auf die Probleme des öffentlichen Dienstes aufmerksam. Bei eiskaltem Wetter sprangen engagierte, als Angehörige bestimmter Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes ausgewiesene, Akteure in voller Montur am Samstag, den 6.2.2010 bei Sachsenhausen in den Main.



## **Jahrestagung des dbb in Köln**

Ganz im Zeichen Europas stand die Jahrestagung des dbb in Köln.

Unter dem Motto „ Europa nach Lissabon - fit für die Zukunft? eröffnete der Vorsitzende des dbb, Peter Heesen, die Veranstaltung und wies u.a. daraufhin, dass die Wahrnehmung von Verantwortung eine Schlüsselaufgabe unserer Tage sei. Peter Heesen konnte zu der Tagung Innenminister Dr. Thomas de Maiziere, den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers und seinen Innenminister Dr. Ingo Wolf zahlreiche Bundestagsabgeordnete und weitere politische Prominenz und Vertreter aus Verwaltung und Gewerkschaften begrüßen. Mit Spannung wurde die Rede des Luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn für den Folgetag erwartet, der die Erwartungen mit einem humorvollen und gleichwohl informativen Auftritt auch nicht enttäuschte.

## **Hessisches Reisekostengesetz neu gefasst**

Ab Januar 2010 gelten neue reisekostenrechtliche Regelungen für den öffentlichen Dienst in Hessen.

Im Rahmen der Novellierung wird der gesamte Bereich der Abgeltung von Dienstreisekosten sowie der Verfahrensbestimmungen erfasst.

Sie bietet prinzipiell auch die Rechtsgrundlage für eine elektronische Bearbeitung der Reisekostenabrechnung.

Auf folgendes ist - ohne Anspruch auf Vollständigkeit und sauberer juristischer Formulierung - insbesondere hinzuweisen:

- Auf die Unterscheidung von Dienstreise und Dienstgang wird verzichtet. Maßgebend ist nur noch das außerhalb der Dienststätte erforderliche Dienstgeschäft.
- Reisen für Fortbildungsveranstaltungen, die im dienstlichen Interesse liegen, sind wie Dienstreisen abzugelten.
- Die Ausschlussfrist für das Geltendmachen von Reisekosten wurde auf sechs Monate verkürzt.
- Die Nutzung aller Zugarten unter Wegfall der Abhängigkeit von der Besoldung des Dienstreisenden ist möglich. Im Regelfall kann die Erste Klasse bei einfachen Entfernungen von über 200 km genutzt werden. Kosten für Flugreisen werden als Regelreisekostenvergütung aufgenommen.
- Die im Vorgriff angewandte Erhöhung der Wegstreckenentschädigung wurde gesetzlich verankert.
- 50 % des Tagegeldes für Außendienstler, die am Ort der Dienststätte oder am Wohnort das Dienstgeschäft tätigen und die Dauer der Abwesenheit mindestens acht Stunden beträgt.
- Besondere reisekostenrechtliche Regelungen bei Verbindung von Dienstreisen und privaten Reisen sind zu beachten.

Ohne dass es zu einer wie auch immer gearteten Überarbeitung kam, wurde die Geltungsdauer des Hessischen Personalvertretungsgesetzes im Zuge dieses Gesetzesverfahrens gleich mit auf das Jahr 2014 verlängert.

Sie finden das Gesetz zur Reform des Hessischen Reisekostenrechts und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Personalvertretungsgesetzes vom 9.10.2009 im GVBL.I S. 397. Zu dem Hessischen Reisekostengesetz sind unter Datum vom 14.12.2009 Verwaltungsvorschriften erlassen worden, die Sie im Staatsanzeiger 2010 S. 17 finden.

## **Weitere Veröffentlichungshinweise zu Gesetzen und Verordnungen aus dem Beamtenbereich**

### **Arbeitszeit**

**Stichwort: Lebensarbeitszeitkonto - Zweite Verordnung zur Änderung der Hessischen Arbeitszeitverordnung vom 7.7.2009 (GVBl. I S. 270)**

**Siehe hierzu auch Richtlinien über das Lebensarbeitszeitkonto v. 14.7.2009 (StAnz. S. 1698)**

**Stichwort: Gleitzeit - Dritte Verordnung zur Änderung der Hessischen Arbeitszeitverordnung vom 15.12.2009 (GVBl. I S. 758)**

### **Besoldung**

**Stichwort Besoldungserhöhung - Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz vom 18.6.2009 (GVBl. I S. 175)**

### **Dienstrecht**

**Stichwort: Beamtenstatusgesetz - Hessisches Beamtenrechtsanpassungsgesetz vom 5.3.2009 (GVBl. I S. 95)**

## **Veröffentlichungen aus dem Tarifbereich**

**Stichwort: Einkommensrunde 2009/2010 - Tarifvertrag Einkommensverbesserungen Hessen 2009/2010 vom 28.3.2009 einschl. Durchführungshinweise vom 18.5.2009 (StAnz. S. 1298)**

**Stichwort: TV-H und TVÜ-H - Tarifverträge für den öffentlichen Dienst Hessens vom 1.9.2009 (StAnz. S. 2977)**

**Stichwort Telearbeit - Dauerhafte Einführung von alternierender Telearbeit im Bereich der hessischen Landesverwaltung (Vereinbarung vom 28.3.2009 - StAnz S. 963)**

## **Sonstige Veröffentlichungen**

**Stichwort: Personalentwicklung - Rahmenkonzept der Personalentwicklung in der hessischen Landesverwaltung vom 27.10.2009 (StAnz. S. 2750)**